

Bundesminister Dirk Niebel

(A) Diese Partnerschaft werden wir auch einfordern; denn wir wollen ausdrücklich Eigenverantwortung. – Ich habe Ihre Frage hinreichend beantwortet; aber Sie dürfen gern stehen bleiben, weil dann meine Uhr auch stehen bleibt. – Diese Eigenverantwortung werden wir bei unseren Partnerländern auch insofern einfordern, als die nationalen Eliten unserer Partnerstaaten dieser Verantwortung gerecht werden müssen. Wir wollen verlässliche Partner sein, aber wir erwarten auch, dass unsere Partnerinnen und Partner bestimmte Spielregeln, die unsere Werte hervorbringen, einhalten.

Ich bin ausdrücklich dankbar, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie vorhin so deutlich noch einmal unsere Verlässlichkeit bei der Erreichung des 0,7-Prozent-Ziels erwähnt haben. Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen als Haushaltsgesetzgeber, diesen Maßstab in Ihre Beratungen einzubeziehen. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie das übernehmen, was im Koalitionsvertrag festgelegt ist und was in der Zukunft auch tatsächlich von uns erreicht werden soll.

Erlauben Sie mir, einen letzten Punkt anzusprechen. Veränderungen – das haben wir nicht nur gestern oder vor 20 Jahren gelernt – kommen in aller Regel aus der Mitte der Gesellschaft. Deswegen gilt auch in der Entwicklungszusammenarbeit eines ganz ausdrücklich: Nicht alles muss der Staat machen; wir sollten uns auf die Gesellschaft verlassen, auf die Zivilgesellschaft hier bei uns, aber auch in unseren Partnerländern. Es ist hervorragend – das muss hier noch einmal ausdrücklich festgestellt werden –, dass die Koalitionsvereinbarung der neuen Regierung der Mitte ausdrücklich die Nichtregierungsorganisationen, die Kirchen, die politischen Stiftungen und auch die Privatwirtschaft auffordert, sich an der Bekämpfung von Armut und der Zusammenarbeit mit anderen Ländern dieser Welt zu beteiligen, damit diese eine Chance haben, in Zukunft als unsere Partner auf Augenhöhe mit uns agieren zu können.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Angelica Schwall-Düren für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Es wäre sicher reizvoll, auf Herrn Niebel einzugehen, aber das überlasse ich anderen Kollegen. Ich möchte mich gerne der Europapolitik zuwenden.

Mit der erfreulichen Tatsache, dass wir bald den **Lissabonner Vertrag** ratifizieren können, werden endlich die Bedingungen geschaffen, dass wir in einem größeren Europa weiter handlungsfähig bleiben und die demokratische Transparenz stärken. Insofern, lieber Herr Minister Westerwelle, haben Sie völlig recht, dass die Europapolitik wie in der Vergangenheit einer Weiterentwicklung bedarf, aber einer Weiterentwicklung in Konti-

nuität. Ich hoffe sehr und wünsche Ihnen auch, dass Sie die gute Arbeit von Frank-Walter Steinmeier fortsetzen können. (C)

Allerdings ist da durchaus Skepsis angebracht. Frau Bundeskanzlerin Merkel hat erst gestern anlässlich der Feier zum 9. November gesagt, dass die Nationalstaaten Macht abgeben müssten. Sie hat die Frage gestellt – ich darf zitieren –:

Sind Nationalstaaten bereit und fähig dazu, Kompetenzen an multilaterale Organisationen abzugeben, koste es, was es wolle; ...?

Wenn ich dann aber feststelle, dass im Koalitionsvertrag in den ersten Abschnitten keineswegs von gemeinsamen Werten und europäischer Solidarität die Rede ist, sondern überwiegend die Interessen unseres Landes betont werden, dann frage ich mich: Bleiben Sie tatsächlich in der Kontinuität von Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher, für die immer deutschlandpolitische Rason in der Europapolitik war, dass die Interessen Deutschlands identisch mit den Interessen des gemeinsamen Europas sind, dass also eine sogenannte Win-win-Situation geschaffen werden muss.

Zu dem aus meiner Sicht engen Geist des Textes des Koalitionsvertrages passt das konservativ-marktliberale Bild von der Europapolitik. Während es die SPD 2005 geschafft hat, die **soziale Dimension** in diesem Text zu verankern, finden wir dort eine schwarz-gelbe Lücke. Ich frage: Wo wird erwähnt, dass wir in Europa ebenfalls Mitbestimmungs- und Arbeitnehmerrechte brauchen, beispielsweise wenn es um die europäische Privatgesellschaft geht? Wo wird erwähnt, dass wir eine soziale Folgenabschätzung bei der europäischen Gesetzgebung brauchen? Wo lesen wir etwas über soziale Mindeststandards, die wir für die völlige Öffnung der europäischen Arbeitsmärkte brauchen? – Fehlanzeige! Dagegen wird ein Scheinargument für nationalstaatliche Alleinzuständigkeit bei der Sozialpolitik angeführt: Man verweist auf die hohen deutschen Sozialstandards, die man nicht gefährden dürfe. Dabei wird vergessen, dass die Europäische Union uns in der Vergangenheit nicht nur einmal Impulse gegeben hat, die soziale Dimension zu verstärken. Denken wir nur an den Diskriminierungsschutz oder den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Ich habe den Eindruck, Schwarz-Gelb schaut hier nicht über den Tellerrand und interessiert sich nicht für die sozialen Nachteile, die für die Menschen gerade als Folge von Deregulierung entstehen können. (D)

Wenn wir uns anschauen, was zur Lissabon-Strategie geschrieben wurde, stellen wir fest, wie weit diese Regierung von dem Stand des Jahres 2000 entfernt ist, als mehrheitlich sozialdemokratische Regierungen die Lissabon-Strategie aus der Taufe gehoben haben. Heute lesen wir nur noch, dass Europa zum weltweit wettbewerbsfähigsten Raum werden soll. Den sozialen Zusammenhalt lassen Sie weg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Daher müssen wir befürchten, dass die Menschen dem Raubtierkapitalismus überlassen werden sollen.

Dr. Angelica Schwall-Düren

(A) (Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

So kann man Bürger nicht gewinnen. So kann Europa nicht gewinnen. Wir, die SPD, werden Sie nicht aus der Verantwortung entlassen; denn die Bürger sagen nur dann Ja zu Europa, wenn es ein soziales Europa ist.

(Beifall bei der SPD)

Der konservative Geist Ihres Textes ist auch daran zu erkennen, dass möglichst viel Bürokratie abgebaut werden soll, möglichst wenig Bankenaufsicht stattfinden soll, also: privat vor Staat, unverfälschter Wettbewerb. Wenn wir uns den Bereich der **Finanzmarktregulierung** anschauen, stellen wir auch dort fest: Konkrete Aussage? – Fehlanzeige. Nichts zur Höhe einer Eigenkapitalquote für die Banken, nichts zum Kampf gegen Steueroasen, nichts zu Transparenzregeln. Außerdem lehnen Sie jegliche EU-Steuer ab, also auch eine Finanztransaktionssteuer, die nicht nur ein Mittel wäre, die Krise zu managen, sondern auch, um vorzusorgen, damit wir solche Krisen in Zukunft nicht mehr erleben müssen.

Was die finanzielle Vorausschau anbelangt, so scheinen Ihre Aussagen zur **Neustrukturierung des Haushalts** Lippenbekenntnisse zu sein. Es gibt keine inhaltliche Diskussion und keine Zielsetzung. Einzig und allein wird festgehalten: 1 Prozent des BIP, nicht mehr – und das, obwohl Sie gleichzeitig sagen, dass aus dem EU-Haushalt ein höherer Anteil für die GASP finanziert werden soll. Dies ist aus meiner Sicht ein perspektivloser, ein technokratischer Umgang mit den Haushaltsmitteln. Wir, die SPD, wollen die EU nicht verwalten, sondern gestalten. Daher werden wir uns gerade aufgrund der neuen Begleitgesetze aktiv einbringen.

(B)

Ich will aber auch ein Lob aussprechen, ein Lob für die Passagen, die sich mit der **Zusammenarbeit mit unseren Nachbarstaaten** beschäftigen, mit Frankreich und unseren kleinen Partnern. Ich hoffe, dass wir hier tatsächlich zu Abstimmungen kommen. Herr Westerwelle, sehr erfreulich sind in der Tat die Passage zu Polen und die Tatsache, dass Ihr erster Antrittsbesuch Sie nach Polen führte. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns wirklich fragen, ob Sie von Ihrem großen Koalitionspartner diesbezüglich ausreichend unterstützt werden.

Leider mussten wir wieder feststellen, dass Frau Steinbach hinsichtlich der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn Öl ins Feuer gießt.

(Dr. Hans-Peter Friedrich [Hof] [CDU/CSU]:
Hört! Hört! Nun ist aber gut!)

Da fragen wir uns: Wo steht die Bundeskanzlerin? Versteckt sie sich hinter Herrn Westerwelle? Nimmt sie es in Kauf, dass neues Misstrauen gesät wird?

(Dr. Hans-Peter Friedrich [Hof] [CDU/CSU]:
Sie säen Misstrauen!)

Wenn ich Ihnen ein Zitat vorlesen darf:

Für das politische Klima in Polen gibt es eine nicht zu unterschätzende deutsche Verantwortung. Etliche deutsche Politiker gefielen sich darin, in unse-

rem Nachbarland wider besseres Wissen Ängste zu schüren, anstatt sie abzubauen. (C)

Richtig, Frau Steinbach, aber genau das trifft auf Sie zu. Frau Bundeskanzlerin, wir erwarten, dass Sie Ihre Position klar nennen. Wir verlangen, dass Sie alles tun, damit die gemeinsamen Herausforderungen wirklich bewältigt werden können. Wir sollten beispielsweise im Zusammenhang mit der östlichen Dimension mit Polen zusammenarbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Sie schüren doch Ängste!)

Ich muss leider zum Schluss kommen.

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP: Oh!)

Ich möchte abschließend sagen: Der Koalitionsvertrag zu Europa ist kein großer Wurf. Er ist lieblos heruntergeschrieben. Es fehlt ihm die Inspiration, es fehlen ihm neue Ideen. Er hat keine Perspektiven aufgezeigt. Die Bürger und Bürgerinnen verlangen mehr von Europa. Auch ich kann nur wünschen, dass Sie über den Text des Koalitionsvertrages hinausgehen. Dafür biete ich meine Zusammenarbeit an.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die Bundesregierung hat nun das Wort Herr Bundesminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Bundesminister der Verteidigung:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist erfreulich und gut, dass der 20. Jahrestag des Mauerfalls Gelegenheit gibt, den Blick auch auf die außen- und sicherheitspolitische Dimension dieses großen Ereignisses zu richten. Herr Kollege Westerwelle, Sie haben den Bezug bereits hergestellt, der gestern Anlass gegeben hat, vielen zu Recht zu danken: vielen Partnern und jenen unserer Landsleute, die größten Mut und Zivilcourage an den Tag gelegt haben, jenen, die damals im unfreien Teil Deutschlands die Ketten der Diktatur gesprengt haben. Herr Vaatz, ich darf auch von meiner Seite in diesem Zusammenhang noch einmal sagen: Das war heute eine bemerkenswerte Rede von Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es ist aber auch ein Grund, noch einmal an dieser Stelle Dank zu sagen an die Partner und Freunde der **atlantischen Allianz**, und zwar nicht nur für deren diplomatische Klugheit. Die Partner haben durch ihr Vertrauen – ich unterstreiche das Wort Vertrauen zweimal – das Geschenk der Einheit in Freiheit erst möglich gemacht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)